

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

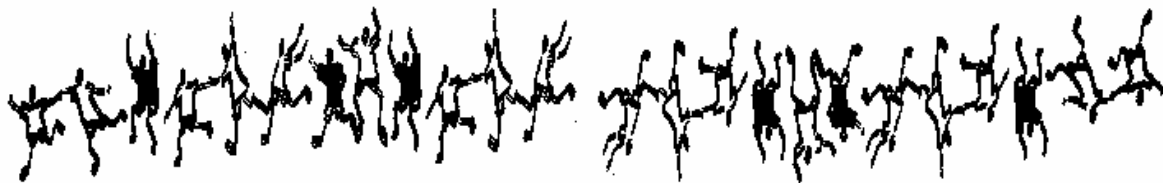


BRENNESSEL

Informationen zum Umweltschutz im Landkreis Hameln-Pyrmont

Nr. 26 - Langfassung -

8. August 2004



Liebe Freunde der Erde,

im Oktober letzten Jahres hatten wir kurz vor unserer großen Verkehrsausstellung im Hochzeitshaus die letzte schriftliche BUND-Info an alle Mitglieder und Umweltschutzinteressierte versandt. Zwischenzeitlich hat sich viel getan. Diese Brennessel wird nur in Stichworten anreißen, was passiert ist. Vor allem wollen wir auf diesem Wege aber noch einmal alle ansprechen, die nicht in unserm *E-Mail-Informationsnetz* eingebunden sind. Leider ist das Versenden von Briefen immer sehr teuer – andererseits wollen wir zumindest hin und wieder alle Mitglieder im Landkreis darüber informieren, das es uns noch gibt ☺ und wir sogar recht aktiv arbeiten... Natürlich wollen wir auch versuchen, auf diesem Wege Interessierte *zur Mitgliedschaft zu bewegen*.

Am Ende der Brennessel finden Sie einen **Spendenaufruf**. Wir wissen natürlich, dass es viele unterstützenswerte Organisationen gibt, die dringend Geld benötigen. Dennoch hoffen wir den einen oder anderen dazu bewegen zu können, uns mit einer Spende zu unterstützen. Aber – werten Sie selbst:

1. **Mobilitätswerkstatt**

2.240 Besucher unserer Verkehrsausstellung im Hochzeitshaus – das war absoluter Rekord! Dafür hatten wir auch so einiges auf die Beine gestellt. 201 Fragebögen zur Fahrradsituation wurden abgegeben und ausgewertet. Für die Radfahrersituation wurde zusammengefasst die Schulnote 4 (ausreichend) vergeben. Zusätzlich beteiligten sich 56 Personen am Fahrradklimatest. Als Ergebnis landete Hameln im bundesweiten Vergleich auf dem Platz 70 von insgesamt 84 Städten vergleichbarer Größenordnung.



Geschäftsstelle im Natur- und Umweltschutzzentrum Hameln

Öffnungszeiten: Di. und Fr. 10-15 Uhr, Mi. und Do. 13-18 Uhr

Berliner Platz 4, 31785 Hameln, Tel.: 05151/13671

- Spendenkonto bei der Volksbank Hameln, Nr. 704491700, BLZ 254 62160 -

Im Rückblick müssen wir aber doch feststellen, dass wir trotz Oberbürgermeister zur Eröffnung, Podiumsdiskussion und einem Spitzenklasse-Fachvortrag zur Radfahrplanung die Politik nicht dazu bewegen konnten, sich auch nachhaltiger mit den Chancen einer alternativen Verkehrsplanung zu beschäftigen. Zumindest aber wurden die Kontakte zur Stadtverwaltung ausgebaut und es gab als Folge mehrere Fachgespräche.

2. BUND = Radfahrlobby

Derzeit wird in Hameln der Reimerdeskamp neu überplant. Ob es uns hier gelingt, einen Durchbruch in der Frage der Hochbordradwege zu erreichen wird spannend. Es gibt positive Signale. Anders sieht es in der Frage der Fahrradabstellplätze aus. Hier hat sich trotz anderslautender Ankündigungen nichts sichtbares getan. Wir bleiben aber zusammen mit dem ADFC am Ball, um für eine Verbesserung der Situation der umweltfreundlichen Verkehrsträger in Hameln zu sorgen. Erfreulich sind in diesem Zusammenhang die deutlichen Zuwächse, die unser ÖPNV zur Zeit zu verzeichnen hat.

3. Müllverbrennung

Die Fa. EON bzw. Enertec als Betreiber haben eine quasi Verdoppelung der Verbrennungskapazitäten der MVA Afferde beantragt. Als BUND haben wir dazu zwei Stellungnahmen geschrieben, in denen wir uns intensiv mit der Problematik und auch der Historie auseinandergesetzt haben. Die Stellungnahmen können auf unserer Homepage im Internet abgerufen werden. Es gab dann eine Anhörung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens im Weserberglandzentrum. Die Sportfischer, die sich Sorgen um die Fluthamel machten, waren neben uns die einzige Gruppe, die sich kritisch mit dem Antrag beschäftigt hatte. Ansonsten gab es keine Einwände und auch kein öffentliches Interesse. Es gab mit Ausnahme der Grünen im Rat der Stadt Hameln nicht eine Nachfrage von Seiten der Politik oder etwas der Vertreter des Orsrates Afferde.



Kurzum, ein Lehrbeispiel über die Macht von E.ON, die gleich mit mehreren Rechtsanwältinnen und zumindest augenscheinlich sehr kompetenten Vertretern auftraten. Nun denn, zumindest wir als vielleicht ewig gestrige (?) haben die Kehrseite der Planungen noch einmal dargestellt. Bewegung erreichten wir nur in einer minimalen Detailfrage...

4. Brötchentaste / Parkleitsystem / ECE

Zur Brötchentaste gab es einen etwas unschönen öffentlichen Schlagaustausch mit dem FDP-Kreistagsabgeordneten Heinrich Fockenbrock. Auch hier gibt's Einzelheiten im Internet. Mittlerweile gibt es dazu die Ergebnisse einer Untersuchung zum

Modellversuch in Köln. Fazit: „Zwar lässt sich die Euphorie der Händler und Autofahrer nicht durch die negativen Ergebnisse eines Modellprojektes mindern, viele Kommunen ahnen jedoch, dass sie mit der Brötchentaste schlechter fahren und parken: Garantierte Mindereinnahmen bei fraglichen Ergebnissen.“ Radio Aktiv hat dazu sehr schön berichtet.

Dennoch lässt sich dieser Irrsinn noch potenzieren. So konnten wir kürzlich in der DEWEZET groß aufgemacht die Forderung nach einer Modernisierung unseres Parkleitsystems nachlesen. Auch dazu gab es eine prompte Stellungnahme von uns mit den Gegenargumenten. Wieder einmal keine Reaktion darauf von Seiten der Politik.



Mit dem Verkehrsgutachten zum ECE in Hameln hatten wir uns gleich nach Erscheinen auseinandergesetzt. Hier tauchten Radfahrer und Busbenutzer als zu berücksichtigende Verkehrsträger erst gar nicht auf. Auch hier keine Rückmeldung auf unsere Stellungnahme.

5. Energie – Wind, Sonne, Biogas gegenüber Atom, Kohle, Erdgas???

„Die vom BUND sind doch immer gegen alles!“ Stimmt zwar nicht, aber mit solchen Platitüden kann man subjektiv gut Stimmung machen. Bei der Windenergiefrage in Afferde haben wir deutlich für die Windräder Stellung bezogen. Es ist schon interessant, dass die optischen Beeinträchtigungen, andere Argumente kann man eigentlich nicht seriös ins Feld führen, mehr Beachtung finden, als die Verdoppelung der Müllverbrennungskapazitäten. Na ja, man sieht ja auch nicht, was aus dem Schornstein herauskommt.

Aber jetzt den Sarkasmus beiseite. Natürlich gibt es bei allem auch negative Aspekte. Gerade in Afferde ist aber nicht nachvollziehbar, wie hier emotional und ohne Sachkenntnis argumentiert wird. Die Biogasanlage auf dem ehemaligen Ortimgelände ist das nächste Beispiel.

Für uns jedenfalls hat die Förderung und Unterstützung der alternativen Energieträger die höhere Priorität. Zeigt uns der Irakkrieg mit seinen schrecklichen Bildern nicht täglich die Erfordernis zum Umsteuern auf?

6. Tag des offenen Gartens

Jetzt ein unstrittiges Thema. Wieder ein großer Erfolg waren die maßgeblich von Julia und Thomas Riegel organisierten Gartentage mit einer riesigen Besucherresonanz. Unser Dank gilt neben den Gartenbesitzern, die ihre Pforten öffneten, auch der Fa. Blumen Ehlerding, die erneut die Aktion mit einer kleinen Spende unterstützte. Sogar die DEWEZET hat sehr umfangreich über die Tage berichtet.

7. Tag der Umwelt in Hameln

Pflichttermin zur Teilnahme für einen Umweltschutzverband. Der Aktionstag war leider völlig verregnet, so dass wir wenig Freude hatten. Zusammen mit dem ADFC wollten wir auf die Radverkehrsplanung aufmerksam machen – daneben gab es noch einige Schautafeln zur Müllverbrennung, die wir aber aufgrund des Regens bald wieder zusammenbauen mussten.

8. Natur- und Umweltschutzzentrum Hameln (NUZ)

Laden zu vermieten – diese Schilder hängen zur Zeit in den leeren Schaufenstern unter dem BUND-Logo. Dennoch gibt es das NUZ noch. Wir mussten aber leider aus Geldnot einen Teilbereich abgeben, so dass uns jetzt der Seminarraum fehlt. Aus zwei



mach eins. Das NUZ ist auf seine Ausgangslage zu Beginn im Jahre 1989 zurückgeschrumpft. **Aber es gibt uns noch!** Die Monatstreffen können auch weiterhin dort stattfinden. Nur für größere Veranstaltungen müssen wir jetzt in andere Räume ausweichen. Das war vielleicht eine Arbeit, wir

mussten viele alte Unterlagen sichten und wegwerfen. Hier ein Riesendankeschön an alle Helfer, besonders aber an Friedel Rädicker und Michael Güttler, ohne die wir das nie geschafft hätten. Dafür ist das verbleibende NUZ auch neu gestrichen und schon fast vollständig eingeräumt. Getrennt haben wir uns von der Infothek der Verbraucherberatung Niedersachsen. Außerdem findet zur Zeit keine Energieberatung mehr statt. Auch der VZN wurden die Mittel gekürzt. Schade – denn die Resonanz gerade der Energieberatung war immer positiv.

Nun denn – wir hoffen durch die Verkleinerung das NUZ auch längerfristig halten zu können. Dazu brauchen wir aber dringend regelmäßige Spenden – auch kleinere Beträge helfen!!!

Glück hatten wir jeweils mit der Fortführung der hauptamtlichen Umweltberatung. Zwar mussten wir einige Zeiten mit ehrenamtlicher Beratung überbrücken. Nachdem Ralf Berner zum Ende 2003 ausschied, hat Julia Riegel für 3 Monate die ABM fortgeführt. Jetzt ist Michael Güttler mit etwas Glück und Geld bis zum Ende des Jahres unser Umweltberater. Er hat ja aus seiner vorherigen ABM schon Erfahrung und musste nicht eingearbeitet werden.

.....
 Es gäbe noch so viel mehr zu berichten – über den Umweltminister Sander, die Soltec, die Kürzungen auf Landesebene,... es ist viel passiert. Wer in unserem E-Mail-Infoverteiler ist, wird immer aktuell informiert. **Also, wer einen Internetanschluss hat und wissen möchte, was vor Ort so passiert - eine Mail an: Bund.Hameln-Pyrmont@bund.net reicht aus, um sein Interesse zu bekunden.**

Ausblick – wie geht's weiter...

9. Agrarwende-Stand

Am Samstag, dem 28. August sind wir in der Zeit von 09 – ca. 14 Uhr in der Fußgängerzone Hameln mit einem Infostand zur Agrarwende zu finden.

Hier wollen wir mit einem professionellen Stand für Bio-Produkte aus der Region werben und zur Abstimmung mit dem Einkaufswagen aufrufen. Mit dem Motto „Billiger ist teurer“ wollen wir auf die Kehrseiten der „Geiz ist geil“ Mentalität gerade für den Lebensmittelbereich hinweisen. Im Supermarkt nämlich ist die Welt noch in Ordnung. Die Verpackungen glänzen mit Bildern von idyllischen Landschaften und glücklichen Tieren. Doch oft trügt der schöne Schein. Bei der Produktion von Obst, Gemüse, Milch, Brot oder Fleisch stehen meist nicht Gesundheit und Geschmack an erster Stelle, sondern Masse und niedrige Preise. Die Folge: Nie waren Lebensmittel so billig, nie waren ihre Nebenwirkungen so teuer – für Mensch, Tier und Natur.

Damit sich daran etwas ändert, braucht es nicht nur eine neue Landwirtschaftspolitik. Auch Verbraucher können viel für eine Agrarwende tun. Jeder Pausenapfel bestimmt mit, wie viel Chemie beim Obstanbau eingesetzt wird; jedes Frühstücksei hat Einfluss darauf, wie viele Hühner im Freien herumlaufen dürfen; jeder Becher Joghurt kann dazu beitragen, artenreiche Wiesen und Weiden zu erhalten.

Wer hier mitmachen möchte, melde sich bitte im Umweltzentrum bei Michael – Tel. 05151/13671.

Agrarwende

*schöne Landschaft
gesunde Ernährung
artgerechte Tierhaltung*

www.bund.net/agrarwende

10. Podiumsdiskussion zur Wahl eines hauptamtlichen Landrates



Es hat schon Tradition, dass wir zu allen wichtigen Wahlen eine überparteiliche Informationsveranstaltung organisieren. So auch zur Landratswahl. Wir laden daher herzlich für den

Mittwoch, 01. September 2004, 19.00 Uhr in die Sumpflume

ein. Hier gibt es mit der bewährten Moderation durch

Radio Aktiv ein öffentliches Bewerbungsgespräch mit den beiden Kandidaten Herrn Butte und Herrn Arnold. Wir veranstalten diesen Abend zusammen mit Verdi, dem Paritätischen und dem Kulturnetzwerk Mäander (Sumpflume). Ich meine – schon fast eine Pflichtveranstaltung für politisch mündige Bürger in unserem Landkreis. Zuerst gibt es Fragen zu den Themenblöcken Arbeit, Soziales, Kultur und Umwelt. Dann kann auch aus dem Publikum frei diskutiert werden.



11. Einladung zur Jahreshauptversammlung

Später dran als sonst sind wir diesmal mit unserer BUND-JHV. Hierzu laden wir alle Mitglieder und auch Interessierte herzlich für den **29. September um 19.30 Uhr ein**. Veranstaltungsort ist diesmal die Sumpflume Hameln (Nebenraum).

Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Tätigkeiten der Kreisgruppe
2. Kurzberichte aus den Ortsgruppen
3. Situationsbericht Natur- und Umweltschutzzentrum
4. Kassenbericht
5. Vorstandswahlen
6. Verschiedenes / Ausblick
7. Grußworte von Gästen aus Politik, Verwaltung und befreundeten Verbänden.
8. Meinungsaustausch



Die Jahreshauptversammlung bietet immer einen guten Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres und den Ausblick für die nächsten Monate. Gleichzeitig leisten wir Rechenschaft über die Verwendung der Spenden und Zuschussgelder, ferner gibt es immer auch die Möglichkeit zum Meinungsaustausch mit den eingeladenen Vertretern der Politik und Verwaltung.

12. Termine

Einmal im Monat sich mit Gleichgesinnten treffen, diskutieren, beratschlagen, Aktionen planen. Der BUND bietet dieses für alle Mitglieder und Interessierte im Rahmen seiner Monatstreffen im Umweltzentrum Hameln. **Grundsätzlich jeden zweiten Mittwoch** im Monat treffen wir uns in lockerer Runde oder mit vorbereiteten Gästen und Programm. Die größeren Veranstaltungen werden in den Medien angekündigt.

Für den „Rest“ des Jahres sind hier noch einmal zusammengefasst folgende Termine geplant:

Mi. 11. August 2004, 19.30 Uhr BUND Monatstreffen Thema „Agrarwende“ im NUZ
Sa. 28. August 2004 Infostand „Agrarwende“ am Hochzeitshaus

Mi. 01. September 2004, 19 Uhr Diskussion mit den Landratskandidaten in der Sumpflume

Mi. 29. September 04, 19.30 Uhr Jahreshauptversammlung in der Sumpflume

im Oktober – Herbstferienpause

Mi. 10. November 04, 19.30 Uhr BUND Monatstreffen im NUZ

Mi. 08. Dezember 04, 19.30 Uhr BUND Monatstreffen (Glühweinfete) im NUZ



Kreisgruppe Hameln-Pyrmont
eine Lobby für Natur+Umwelt
in unserem Landkreis
www.bund-hamel.de

13. Spendenaufruf

Angekündigt habe ich ihn ja schon mehrfach. Wir brauchen dringend Geld zur Unterhaltung des Natur- und Umweltschutzzentrums. Unsere Kontonummer lautet:

Volksbank Hameln, Nr. 704491700, BLZ 254 62160

Spenden an den BUND sind steuerlich abzugsfähig. Das Geld wird für die Umweltarbeit im Landkreis Hameln-Pyrmont verwandt.



Als Sachspende suchen wir noch dringend einen (vielleicht auch schon gebrauchten) Beamer. Mittlerweile arbeiten wir bei unseren Vorträgen viel mit dem Computer. Man kann hier Filme oder Musik einspielen und damit die Veranstaltungen lebendiger und interessanter gestalten. Wer hier Kontakte oder Ideen hat, melde sich bitte.

Schlussbemerkung:

Danke – wer bis hierhin gelesen hat, hatte auch echtes Interesse. Enden möchten wir mit einem Aufruf zum Mitmachen! Möglichkeiten gibt's genug. Die letzte Bitte noch an unsere Nichtmitglieder im Infoverteiler – vielleicht entschließen Sie sich ja doch zum Beitritt zu unserem BUND. Auf der Rückseite finden Sie den Vordruck dazu.

Mit umweltfreundlichen Grüßen



Beitrittserklärung - BUNDmitgliedschaft

Um Natur und Umwelt zu schützen und die Zukunft mitzugestalten, ist eine starke Gemeinschaft nötig. Ich will dabei sein und werde Mitglied beim

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

(Die Mitgliedschaft in der Kreisgruppe Hameln-Pyrmont und im Landesverband Niedersachsen ist im Jahresbeitrag enthalten.)



Art der Mitgliedschaft:

- | | | |
|--------------------------|---|----------|
| <input type="checkbox"/> | Einzelmitglied; mindestens | 50 EURO |
| <input type="checkbox"/> | Familien (Kinder bis 16 Jahre); mindestens | 65 EURO |
| <input type="checkbox"/> | Reduzierter Beitrag für Erwerbslose, Kleinrentner, Alleinerziehende; mindestens | 16 EURO |
| <input type="checkbox"/> | Schüler, StudentInnen, Azubis; mindestens | 16 EURO |
| <input type="checkbox"/> | Mitgliedschaft von Firmen und Institutionen auf Anfrage; mindestens | 130 EURO |

Meine/unsere Daten:

Vorname Nachname
 geb. Beruf

Bei Familienmitgliedschaft bitte zusätzlich ausfüllen:

Vorname des Partners Nachname des Partners
 geb. Beruf

Wenn schon Formulare auszufüllen sind, dann sollen auch unsere Kinder beim Namen genannt werden. Also, das sind sie, unsere jungen Umweltschützer:

Name geb.
 Name geb.
 Name geb.

Ich/Wir bin/sind zu erreichen unter:

Straße:
 PLZ: Ort:
 Telefon: e-Mail:

Seite bitte einsenden an:

BUND KG Hameln-Pyrmont, Berliner Platz 4, 31785 Hameln
BUND Stellungnahme zur geplanten Erweiterung der MVA Afferde

Nr. 1 vom 01.03.2004

Hameln – Müllstadt des Nordens ?

1. Ausgangslage

Am 24.02.2004 wurden im Umweltausschuss der Stadt Hameln die Pläne zur Erweiterung der Müllverbrennungsanlage in Afferde durch Vertreter der Fa. E.ON und der Enertec Hameln GmbH vorgestellt. Mit der folgenden Stellungnahme möchten wir die derzeit vorliegenden Sachinformationen zusammenfassen, auf die Risiken einer Müllverbrennungsanlage hinweisen und einen kurzen Rückblick auf die Historie der MVA Afferde geben.

2. Planungssachstand Erweiterung 2004/2005

Der Müllkessel 1 soll bis Ende 2006 durch einen neuen Müllkessel ersetzt werden. Als Folge soll die zu verbrennende Müllmenge von derzeit 163,600 t/a auf insgesamt 240.000 t/a erhöht werden. Dieses hat für uns zwangsläufig auch einen Anstieg der emittierten Abgasmenge um ca. die Hälfte zur Folge.

Eine Ausweitung des Abfallartenkataloges soll mit der Erhöhung des Durchsatzes angeblich nicht geplant sein.

Weiterhin soll der bestehende Müllbunker mit einer Zwischenlagerkapazität von derzeit 2.400 Kubikmeter auf max. 7.700 Kubikmeter mehr als verdreifacht werden.

Nach der Erweiterung sollen die beiden Kohlekessel des Heizkraftwerkes Afferde als Fernwärmeproduzenten außer Betrieb genommen und abgebaut werden. Die Fernwärmeproduktion soll von derzeit 72 % auf zukünftig 91 % gesteigert werden. Ferner ist eine umfassende Neugestaltung des Anlieferungsbereiches der MVA mit einer neuen Waage vorgesehen.

Insgesamt geht die MVA von einer Verkehrszunahme von ca. 20 Lkw pro Tag (ein Plus von 20%) aus, sofern keine Anlieferung über die Schiene erfolgt.

Das Investitionsvolumen beläuft sich auf ca. 40 Millionen Euro.

Aus Sicht der Enertec sind die zusätzlichen Immissionsbelastungen aus dem Betrieb der geänderten MVA als irrelevant zu werten. Die Immissionswerte der Anlage würden weit unter den Grenzwerten bleiben.

3. Risiken der Müllverbrennung allgemein

Eine dezidierte fachliche Auseinandersetzung wird sicherlich im Planfeststellungsverfahren erforderlich werden. Der BUND möchte dennoch schon heute – quasi als Gegengewicht – auf die Hauptrisiken für die Bürger von Hameln und das Umland durch den Betrieb der MVA und insbesondere noch nach deren Erweiterung hinweisen.

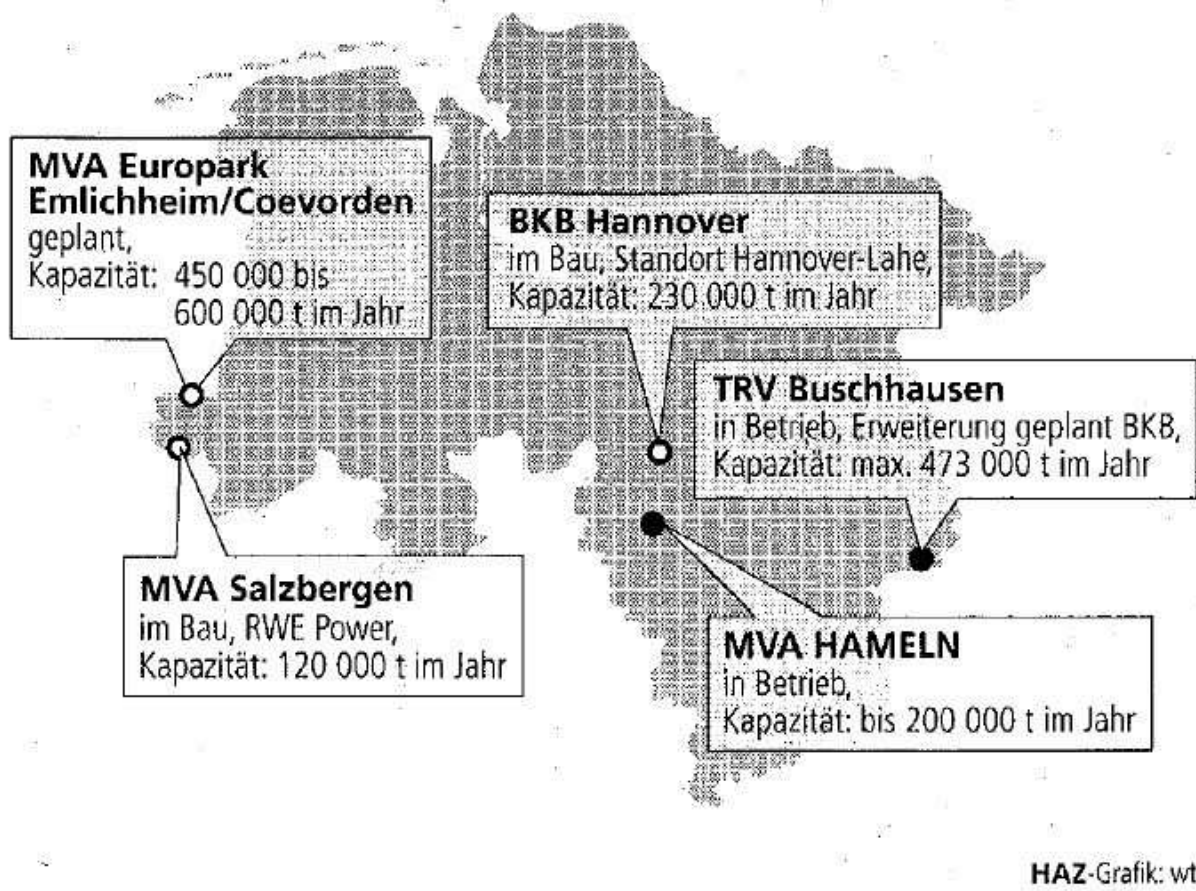
Aus unserer Sicht werden die Nachteile nicht so unbedeutend sein, wie vom Betreiber bei Infoveranstaltungen bzw. in der Presse dargestellt.

- 1) Bei der Müllverbrennung gelangen trotz Reduktion vieler Schadstoffe in den Filteranlagen moderner MVA's zahlreiche giftige Chemikalien und gefährlicher Feinstaub in die Atmosphäre. Schlacke und andere Verbrennungsrückstände werden gebildet, die gesondert entsorgt werden müssen. Laut eines Greenpeace-Berichtes vom Okt. 2001 sind Menschen, die in der Nähe einer MVA wohnen verstärkt einer Reihe gesundheitlicher Gefahren ausgesetzt. Dazu zählen ein erhöhtes Krebsrisiko (sowohl bei Kindern als auch bei Erwachsenen), Atemprobleme, Herzkrankheiten, Schädigungen des Immunsystems, allergische Reaktionen und angeborene Anomalien.
- 2) Eine Erhöhung der verbrannten Müllmenge um rund 50 % bedeutet zwangsläufig eine Erhöhung der durch den Schornstein emittierten Rauchgasmenge, der Schlackemenge, der Flugasche sowie des Lkw-Verkehrs für die Müllanlieferung um ebenfalls 50 %. Auch wenn hier die gesetzlich festgelegten Grenzwerte angeblich nicht überschritten werden, so kann diese Zusatzbelastung doch nicht ignoriert werden.
- 3) Wie sich die durch den Schornstein geleiteten Luft-Schadstoffe ausbreiten und in welcher Konzentration sie in der Umgebung der MVA zu Belastungen führen, hängt unter anderem von der Wetterlage (Windverhältnisse, Inversionswetterlagen) ab. Das heißt, die Schadstoffbelastung, die sich als Jahresmittel berechnet recht harmlos anhört, wird tage- oder wochenweise deutlich höher ausfallen!

- 4) Störfälle, die zum Abschalten der Filteranlagen führen, können jederzeit vorkommen. Die Abgase gelangen dann zeitlich begrenzt ungefiltert in die Außenluft. Auch in Afferde gab es am 28.10.2001 einen unkontrollierten Brand in einem Müllzwischenlager der MVA. Damals brannten 20 Tonnen Hausmüll mit starker Rauchentwicklung. Im Juli 2001 hatte es bereits einen anderen Brand auf dem MVA-Gelände gegeben.
- 5) Die zusätzlichen Mülltransporte über weite Strecken verursachen zusätzliche Lärm- und Schadstoffemissionen.
- 6) Die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage zieht einen entsprechend hohen Bedarf an Müllanlieferung nach sich. Dieser steht dem ökologisch einzig sinnvollen Grundsatz, Müll zu vermeiden, entgegen und wird absehbar sogar erreichte Erfolge bei der Müllreduzierung wieder zunichte machen. Nach der Erweiterung würde dann argumentiert: Trennung und Vermeidung sind nicht sinnvoll, da ja genug teure Verbrennungskapazitäten vorhanden sind, die sonst nicht ausgelastet werden. Die zentralistische Großtechnologie hat hier also eine blockierende Wirkung auf sinnvolle dezentrale Maßnahmen zur Müllvermeidung und –verwertung. Nur mit der Beseitigung von möglichst viel Müll lässt sich eben viel Gewinn erzielen. Die großtechnische Müllverbrennung sorgt damit unweigerlich für den Erhalt der Wegwerfkultur, bzw. -unkultur
- 7) Stichwort **Sonderschadstoffe**: Es ist ein gängiger Irrtum, dass Dinge einfach verschwinden, wenn sie verbrannt werden. Tatsächlich kann Materie nicht zerstört werden – sie ändert lediglich ihren Zustand, ihre Form. Nach erfolgter Verbrennung werden die im festen Abfall enthaltenen Stoffe, z.B. Schwermetalle über Schornsteinabgase an Feinstaub gebunden in die Atmosphäre entlassen. Schwermetalle sind auch durchgängig in der Schlacke zu finden. So führt die Verbrennung von PVC dazu, dass neue Chlorchemikalien, wie z.B. hochgiftige Dioxine, entstehen, die über Rauchgase, Schlacke und andere Rückstände freigesetzt werden. Zahlreiche chemische Verbindungen im Rauchgas konnten bislang noch nicht identifiziert werden. Ein Großteil der Chemikalien (Dioxine, PCBs, Chlorbenzole, polyaromatische Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle wie Blei, Kadmium und Quecksilber) sind nicht nur giftig, sondern reichern sich im Gewebe lebender Organismen an und sind besonders schwer abbaubar. Diese drei Eigenschaften machen Schornsteinemissionen zu den gefährlichsten Umweltgiften die aufgrund ihrer Halbwertzeiten über Jahrzehnte bis z.T. Jahrhunderte Boden und Nährstoffkreisläufe belasten. .

- 8) Die Kapazität der neuen Anlage soll 240.000 t/a betragen. Zur Erinnerung: Im Jahr 2002 sind durchschnittlich pro Einwohner im Landkreis 208 kg Hausmüll eingesammelt worden, bei rund 162.560 Einwohnern wurden **also insgesamt 33.892. t Hausmüll in die Müllverbrennungsanlage Hameln transportiert**. Dementsprechend sollen zukünftig rund 200.000 t/a „Fremdmüll“ über unsere Atemluft entsorgt werden...
- 9) Die gewinnorientiert arbeitende Firma Enertec räumt ein, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine bundesweite, wenn nicht gar europaweite, Müllanlieferung nicht auszuschließen ist. Lediglich die Transportkosten könnten ein Hinderungsfaktor sein.
- 10) Müll, der aus anderen Regionen, gar aus anderen Ländern (Neapel) angeliefert wird, kann eine andere Zusammensetzung als bei uns haben. Wie soll überprüft werden, dass keine unzulässigen Stoffe in die Verbrennung gelangen?
- 11) Kosten – einerseits lässt sich mit Müllentsorgung sehr viel Geld verdienen – dieses motiviert E.ON zu seiner Großinvestition in Afferde. Auf der anderen Seite stehen die Kosten, die der Bürger über seine Abfallgebühren für die Beseitigung aufbringen muss. Hier ist die Müllverbrennung eine sehr teure Alternative!
- 12) Energiegewinnung durch Müllverbrennung? Bei Betrachtung der absoluten Zahlen scheinen Müllheizkraftwerke zwar erhebliche Strom- und Fernwärmemengen zu produzieren. Für eine **nachhaltige** Wirtschaftsweise ist aber entscheidend wie gut die im Müll steckende Energie tatsächlich genutzt wird. Theoretisch sind max. 65 % des Müllheizwertes energetisch nutzbar. In der Praxis liegt der thermische Wirkungsgrad einer MVA auch unter günstigsten Umständen im Höchstfall bei 45 %. Setzt man diesen Heizwert mit dem gesamten Energieinhalt des Mülls in Beziehung, so ergibt sich selbst bei optimaler Energienutzung eine Verwertung von bestenfalls 16,3 % der gesamten im Müll enthaltenen Energie. (*siehe BUND Position 28, Seite 8*)
- 13) Zweifel sind ferner angebracht, ob die Erweiterung in Hameln sinnvoll mit dem Bau einer neuen MVA in Hannover Lahe abgestimmt ist. Wie die nachfolgende Grafik zeigt sind die Standorte eng aneinanderliegend. Eine Konkurrenzsituation um die Abfallabnahme ist naheliegend.

Müllverbrennungsanlagen in Niedersachsen



Bei der vorgenannten Aufzählung handelt es sich lediglich um erste Stichworte. Für Detailinformationen wird auf die Greenpeace-Studie „Müllverbrennung und Gesundheit“ verwiesen. Diese Studie (97 Seiten) ist im Umweltzentrum (NUZ) erhältlich oder kann unter www.bund-hameln.de als PDF-Dokument heruntergeladen werden. Detaillierte Fachinformationen gibt es ferner auch im BUND-Positionspapier 28 „Müllverbrennung: Gefahren und Risiken.“

4. Verfahrensablauf

Für die Genehmigung des Vorhabens ist ein Planfeststellungsverfahren vor der Bezirksregierung Hannover nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlich. Dazu wird eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung durchgeführt.

Zwischenzeitlich wurde der Ortsrat Afferde, der Hamelner Bauausschuss und der Hamelner Umweltausschuss über die beabsichtigte Erweiterung informiert. Der Antrag

zur Erweiterung und dem Umbau der MVA soll Ende Februar eingereicht werden. Mit einer Veröffentlichung durch die Bezirksregierung wird Mitte März gerechnet. Folgend wird eine öffentliche Auslegung der Planunterlagen im Rathaus für vier Wochen. Hier können dann Einwände und Bedenken gegenüber der Bezirksregierung abgegeben werden. Der Rat der Stadt Hameln hat einen eigenen, förmlichen Beschluss zu treffen.

Der Erörterungstermin soll Anfang Juni im Weserberglandzentrum stattfinden.

Das Genehmigungsverfahren soll bis Sept. 2004 abgeschlossen sein. Baubeginn soll dann der Oktober sein. Eine Inbetriebnahme der fertigen Anlage ist für November 2006 vorgesehen.

Durch die Privatisierung der Müllverbrennungsanlage wird diese nicht mehr als eine Anlage behandelt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit im Rahmen der Daseinsvorsorge zu prüfen ist. Speziell die Frage, ob der Bedarf auf im Entsorgungsbereich anfallenden Abfallmengen beruht, wird anders als 1992 nicht mehr Verfahrensgegenstand sein.

5. Eindruck der Planvorstellung im Umweltausschuss Hameln am 24.02.04

Interessant war das taktische Vorgehen bei der Präsentation der Planungen. Gleich zu Anfang wurde von Dr. Wartsch (E.ON) die „Keule“ der Drohung mit der Schließung der MVA am Standort Afferde herausgeholt. Diese Dreistigkeit der unterschweligen Drohung mit Standortschließung kann weder als sachdienlich noch als seriös angesehen werden.

Angeblich habe man bei Vertragsabschluss einen Wirtschaftlichkeitsvorbehalt abgesprochen. Die MVA habe im letzten Jahr einen Verlust von 1,3 Millionen Euro eingefahren, so dass allein eine höhere Verbrennungskapazität eine Wirtschaftlichkeit für die Zukunft garantieren und die Sicherung der 74 Arbeitsplätze gewährleisten könne.

Aus Sicht des BUND ist eine Aufgabe des Standortes Hameln auch ohne Erweiterung unwahrscheinlich.

Es ist unverständlich, dass ein Heizkraftwerk (um ein solches handelt es sich ja in Afferde), dessen Brennstoff (Hausmüll) nicht nur kostenlos ist, sondern sogar noch zusätzlich über Gebühren subventioniert wird, eine negative Bilanz haben soll. Normalerweise rentieren sich Heizkraftwerke über den Verkauf von Strom und Wärme auch mit bezahlten Brennstoffen wie Gas oder Kohle. Ferner hat Afferde noch den Standortvorteil der etablierten Wärmenutzung über das Fernwärmenetz mit Abnahme von Prozesswärme auch im Sommer.

Es sei ein großes Entgegenkommen der Fa. E.ON 40 Millionen Euro zu investieren, obwohl eigentlich nur Anlagen mit einer Verbrennungsmenge von über 300.000 t/a rentabel arbeiten würden. Gleichzeitig wurde eine Verlegung des Betriebssitzes ausgeschlossen, so dass erhöhte Gewerbesteuerzahlungen locken würden. Ansonsten sei allein schon der Name E.ON ein Garant für verlässliche und vertrauensvolle Vertragsabwicklung.

Im Folgenden wurden dann von zwei anderen Vertretern von E-ON in schillernden Farben die Vorteile geschildert, während mögliche Nachteile absolut negiert wurden. Einzelheiten wiederzugeben sprengt sicherlich diesen Rahmen. Allein der Hinweis auf die x-fach höheren Dioxinwerte einer Kompostierungsanlage oder die Vergleichswerte einer alternativen Kohlebefeuerung waren schon bemerkenswert.

Sobald diese Aussagen schriftlich vorliegen ist eine sachliche inhaltliche Prüfung sicherlich interessant.

Kurzum, das Projekt hat aus Sicht von E-ON ausschließlich Vorteile und nicht die geringsten Risiken.

6. Die Alternative

Müllvermeidung – Wiederverwendung und Recycling!
Vorsorgeprinzip und Null-Emissions-Strategie. Die Alternativen im Abfallwirtschaftskreislauf sind hinreichend bekannt.

Konkret für die MVA:

Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit müsste die MVA den teuren Müll zu den Zeiten „thermisch verwerten“, wenn die Wärme auch benötigt wird und als Fernwärme verkauft werden kann. Auch im Sommer wird Prozesswärme benötigt, jedoch wesentlich weniger als im Winter. Beim heutigen durchgängigen Betrieb der MVA mit gleicher Leistung entsteht im Sommer erheblich mehr Wärme als absetzbar ist. Die Wärme geht dann ungenutzt und ohne Erlös durch den Schornstein. Nicht die zu verbrennende Müllmenge der MVA müsste erhöht werden, sondern der „Brennstoffspeicher“ müsste erheblich erweitert werden. So könnte die Verbrennungsleistung der Wärmenachfrage angepasst werden. Damit würde schon mit der heutigen Müllmenge der Bedarf an Fernwärme zu 100% zu decken sein, ohne jedoch zusätzliche 50% Abgase zu erzeugen.

7. Historischer Hintergrund

Im Jahre 1991/1992 gab es im Landkreis eine sehr intensive Debatte um die Erweiterung der 1977 (Kessel 1) gebauten Müllverbrennungsanlage (MVA). Zu diesem Zeitpunkt war der Standort Hameln-Afferde die einzige Hausmüllverbrennungsanlage in Niedersachsen. Die MVA war damals im Besitz des Landkreises Hameln-Pyrmont

(90%) und des regionalen Energieversorgungsunternehmens „Wesertal“ (10%). Damals wurden etwa 105.000 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle verbrannt, von denen ca. 95.000 Tonnen aus dem eigenen Landkreis stammten. Die MVA sollte aufgrund eines Kreistagsbeschlusses von 1987 um einen dritten Kessel erweitert und gleichzeitig mit einer Rauchgasreinigungsanlage entsprechend den gesetzlichen Anforderungen (TA Luft) nachgerüstet werden. Diese Planungen gingen dann 1991 in die Konkretisierung.

Nach den Planunterlagen sollte der sog. dritte Kessel ausschließlich als Reserveverbrennungskapazität geschaffen werden, um auch bei Störungen oder Reparaturen den Betrieb der MVA zu gewährleisten. Auch in Zukunft sollten nicht mehr als 110.000 Tonnen pro Jahr verbrannt werden.

Als Folge einer auch von damaligen BUND-Aktiven initiierten Informationsveranstaltung am 28.01.1991 (Gruppe OSKAR) mit ca. 170 TeilnehmerInnen und Vertretern der Hildesheimer Initiative „Ärzte gegen Müllverbrennung“ bildete sich eine Bürgerinitiative. Diese Initiative arbeitete im Folgenden gegen die Errichtung des dritten Verbrennungskessels und für die Erarbeitung eines ökologischen Abfallkonzeptes. Sprecher der BI war Dr. Wolfgang Reimers.

Im Februar 1991 begann dann offiziell das Planfeststellungsverfahren.

Eine BI-Arbeitsgruppe „Ärzteinitiative/Schadstoffe“ mobilisierte fast 60 Ärztinnen und Ärzte aus dem Landkreis, welche die als Anlage 1 beigefügte Zeitungsanzeige finanzierten und unterschrieben.

Am 2. 04.1991 hatten dann knapp 500 Personen Einwendungen gegen die MVA-Erweiterung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens eingebracht.

Am 20.04.1991 kam dann die amtliche Bekanntmachung, über die Verschiebung des für den 29./30.04.91 anberaumten Erörterungstermins. Ursache dafür waren die vielen und in der Sache gut fundierten Einwendungen. Ferner ging es insbesondere um Zweifel an den tatsächlichen Bedarf für einen dritten Verbrennungskessel. Dazu wurde ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben.

Am 13. Mai 1991 schlug die MVH zurück. Es wurde kein Gewerbemüll mehr angenommen – angeblich sind dringende Revisions- und Reparaturarbeiten erforderlich. Es folgte eine „Müllnotstandskampagne“ in der örtlichen Presse, die die Diskussion mit einer Mischung aus Panikmache, Halbwahrheiten und Unkenntnis kräftig anheizte.

Im Juni 1991 wurde dann von einer BI-Arbeitsgruppe als Alternative „Das bessere Müllkonzept für den Landkreis Hameln-Pyrmont“ fertiggestellt. Dieses Konzept beinhaltete fünf Maßnahmenpakete zur Abfallreduzierung (Vermeidung, Kompostierung, Rohstoffwiederverwertung, Nassmüllvergärung und sichere

Deponierung). Erfahrungen aus Vorarlberg zeigten, dass sich damit eine Abfallreduzierung um 80 % realisieren lässt.

Am 14. September 1991 erschien in der DEWEZT nochmals die Ärzteeinladung vom 23. März – diesmal aber von 150 LehrerInnen unterschrieben.

Am 17./18. und 19. September kam es dann zum **Erörterungstermin** im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens. Hier wurde die BI durch Dr. Krüger vom Energie und Umweltbüro München als Fachbeistand zusätzlich vertreten.

Von Seiten der Antragsteller (MVA) wurde auch hier wiederholt beteuert, dass in Zukunft nicht mehr als 110.000 Tonnen pro Jahr verbrannt werden sollten.

Am 5. November ließ die Bezirksregierung dann den vorzeitigen Beginn von Bauarbeiten zu.

Der Planfeststellungsbeschluss genehmigte den Bau des dritten Kessels, allerdings mit folgenden Auflagen:

- Der Jahresdurchsatz wird auf 110.000 Tonnen pro Jahr begrenzt.
- Es dürfen höchstens zwei Kessel gleichzeitig betrieben werden.
- Der Landkreis muss ein neues Abfallwirtschaftsprogramm entwickeln
- Der Betrieb des dritten Kessels wird bis 1998 befristet. Bis dahin muss eine neue Notdeponie in Betrieb genommen werden.

Durch einen gerichtlichen Vergleich aufgrund einer Klage der MVA-Betreiber wurde dann vom OVG Lüneburg am 26.09.1994 die maximale Abfalldurchsatzmenge auf 155.600 Tonnen pro Jahr festgesetzt. Ferner wurde ein Dreikesselbetrieb für 500 Stunden im Halbjahr zugelassen.

Zu Beginn des Jahres 2000 übernahm der finnische Energiekonzern Fortum Wesertal und damit die Müllverbrennungsanlage für 760 Mio Mark. Der Landkreis Hameln-Pyrmont, bis dahin Hauptgesellschafter, verlor seine Einflussmöglichkeiten auf die Anlage.

Im Februar 2002 sorgte dann ein beabsichtigter Import von bis zu 38.000 t Hausmüll aus Neapel zur MVA Afferde für eine kontroverse Diskussion. Siehe hierzu die Resolution des BUND gegen Mülltourismus in Hameln – www.bund-hameln.de

Im Juli 2003 erfolgte dann eine Übernahme der Verbrennungsanlage durch die E.ON Westfalen Weser. Betreiber der MVA ist die Enertec Hameln GmbH mit folgenden Beteiligungen: E.ON – 50,5 %, BKB – 11 %, Stadtwerke Bielefeld – 30 %, kommunale Gesellschafter – 8,5 %.

Schlussbemerkung:

Können wir auf den Wirtschaftsfaktor Müllverbrennungsanlage verzichten? Die derzeitige Wirtschaftslage lässt die Politik quer durch alle Parteien nach jedem Strohalm greifen. Die wirtschaftliche Macht des E.ON-Konzerns wird ihr übriges tun. Der BUND tritt hier als Warner auf, der an Politik und Öffentlichkeit appelliert, sehr kritisch nachzufragen.

Es geht uns dabei keineswegs um eine Verteufelung der MVA schlechthin. Jede Münze hat jedoch zwei Seiten. Dazu gehört auch eine sachliche Darstellung der vielfältigen Probleme der Müllverbrennung, die eben nicht so irrelevant sind, wie betreiberseitig immer wieder behauptet wird.

Ganz wichtig ist es uns, den Aspekt der Nachhaltigkeit besonders zu betonen. Es besteht kein Zweifel, dass wir nur dann eine Zukunft haben, wenn es uns gelingt, den Energie- und Rohstoffverbrauch in Zukunft massiv zu senken.

Langlebige, reparaturfähige und dauerhafte Güter sind zukunftsfähig, ressourcenschonend und verringern das Müllaufkommen. Große MVA's, wie die jetzt in Afferde geplante Anlage, bewirken eine Festschreibung unseres heutigen nicht nachhaltigen Konsumverhaltens für Jahrzehnte und weisen so in die falsche Richtung.

Mit freundlichen Grüßen

*Ralf Hermes
Georg Neulen
Friedrich Niemeyer*



BUND KG Hameln-Pyrmont, Berliner Platz 4, 31785 Hameln, Tel. 05151/13671

Einwendungen des BUND Hameln - Pyrmont vom 08.06.04

Genehmigungsverfahren Fa. Enertec – Änderung der MVA Hameln, Az. 501.2-40500/4/8.1 - Enertec

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

als Anlage übersenden wir Ihnen eine Stellungnahme mit unseren Vorbehalten zur Erweiterung der MVA Hameln-Afferde und bitten die unter Punkt 3 aufgeführten Risiken der Müllverbrennungsanlage als Einwendungen für das laufende Verfahren zu werten.

Uns ist bewusst, dass in dieser Stellungnahme (Erstellungsdatum 1.3.2004 aufgrund vorliegender Presseveröffentlichungen) das Gewicht auf Fragen der grundsätzlichen Risiken einer MVA gelegt worden ist.

Ergänzend haben wir folgendende Fragen/Einwendungen:

1. Unter welchen Voraussetzungen kann der Antragsteller den Abfallartenkatalog der MVA verändern? Wie wird sichergestellt, dass in einem nachfolgenden Verfahren aus wirtschaftlichen Gründen keine Verbrennung von Problemabfällen/Sondermüll (Beispiel BSE belastete Tierkadaver in der Vergangenheit) erfolgt wird?
2. Ungeklärt ist u.E. schon bisher die Kontrolle der Abfallanlieferung und somit eine Gewährleistung der Einhaltung der im Abfallartenkatalog genehmigten Stoffe. Bei einer wesentlichen Erhöhung der Anliefermenge steigt das Risiko des „Zwischenmischens“ von Sonderabfällen. Vor Genehmigungserteilung sollten hier Aussagen und nachvollziehbaren Maßnahmen zur zumindest stichprobenhaften Überprüfung der Abfallzusammensetzung erfolgen.
3. Datenbasis für eine Beurteilung der Immissionsvorbelastung sind laut Planunterlagen Messungen aus dem Jahre 1990/1991. Diese Werte liegen also mehr als 10 Jahre zurück. Der BUND hält dieses bei einer so grundlegenden Erweiterung für problematisch und beantragt eine aktuelle Immissionsvorbelastungsmessung.
4. Zur Beurteilung der lufthygienischen Situation beantragt der BUND zusätzlich die Durchführung einer **Flechtenkartierung**. Flechten haben sich als gute Zeigerorganismen für die Gesamtbelastung der Luft bewährt. Sie reagieren langfristig auf die Gesamtheit der Immissionen, denen auch der Mensch ausgesetzt ist. Im Gegensatz dazu können mit technischen Messungen nur einzelne Immissionskomponenten über relativ kurze Zeiträume erfasst werden.
5. Laut Enertec treten die höchsten Immissionszusatzbelastungen aus dem Betrieb der MVA in einer Entfernung von ca. 1,5 bis 2,5 km südöstlich des Anlagenstandortes auf. Informationsveranstaltungen zur MVA-Erweiterung hat es nach Wissen des BUND allerdings nur im Ortsrat Afferde, nicht aber im genau so betroffenen Ortsrat Hastenbeck bzw. der für den Ort Voremberg zuständigen Gemeinde Emmerthal gegeben. Wir sehen hier einen Informationsmangel.

6. Bei den Immissionsbelastungen wird mit Jahresmittelwerten operiert. Wir vermissen Aussagen über die punktuellen möglichen Höchstwerte, da diese für die Gesundheitssituation betroffener Anwohner von Bedeutung sind.
7. Aus den Unterlagen ist für uns nicht ersichtlich, ob nach Erweiterung der Bunkerkapazität der derzeitige offene Lagerplatz, auf dem in Ballen verpackter Abfall zwischengelagert wird, entbehrlich wird. In dem Zusammenhang halten wir die Einleitung von Niederschlagswasser der Verkehrsflächen der MVA in die Fluthamel nach Prüfung durch das Labor der MVA zumindest dann für problematisch, wenn nicht von unabhängiger Seite eine Analyse/Kontrolle der Messergebnisse erfolgt.
8. Trotz vorhandenen Gleisanschlusses wird offensichtlich die Anlieferung des Mülls auf diesem weniger umwelt- und immissionsbelastenden Weg nicht ernsthaft erwogen. Dieses ist aus Sicht des BUND ein Verfahrensmangel.
9. Aufgrund der Teilung des Verfahrens in zwei Genehmigungsschritte ist eine Gesamtbeurteilung der Maßnahme für den Bürger problematisch. Auch hier bitten wir zu prüfen, ob dieses tatsächlich erforderlich/statthaft ist.
10. Der Antragsteller geht davon aus, dass die Höhe der Schadstoffemissionen auch nach Durchführung des beantragten Vorhabens sicher unterschritten werden. Wir vermissen in den Unterlagen eine Stellungnahme des staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Hildesheim als aufsichtsführende Stelle und beantragen eine Ergänzung.
11. Wir vermissen in den uns vorliegenden Unterlagen ferner Angaben über die Menge der anfallenden Kesselschlacke und der Flugasche. Wie hoch ist die tatsächliche Volumenreduzierung der angelieferten Abfalltonnage? Da ein kleinerer Teil dieser Reststoffe laut Antragsteller in Deponien abgelagert wird, gehen wir davon aus, dass auch hier Sonderabfall entsteht. Wir beantragen eine Offenlegung der Analysewerte um die Entsorgungssicherheit und auch eine Kontrollmöglichkeit zu gewährleisten.
12. Bei den uns zugesandten Unterlagen hätten wir als Anlage gerne die durchgeführte Umweltverträglichkeitsuntersuchung gehabt, welche für uns als Umweltverband eine besondere Prüfungsrelevanz hat.

Mit umweltfreundlichen Grüßen

Kreisgruppenvorsitzender



Kreisgruppe Hameln-Pyrmont
eine Lobby für Natur+Umwelt
in unserem Landkreis
www.bund-hameln.de

Ein neues Parkleitsystem für Hameln ?

Wer braucht es? Wer bezahlt es ?

BUND Brief zur geplanten Erneuerung des elektronischen Parkleitsystems in Hameln vom 19.06.2004

1. Ausgangsinformation

Am 19.06.2004 veröffentlicht die DEWEZET einen Bericht über eine Reparatur des bestehenden EPLS (elektronischen Parkleitsystems) und regt zusätzlich zum Nachdenken über eine modernere Anlage an. Der für Verkehrsfragen zuständige Fachbereichsleiter Hartmut Deppmeyer wird in diesem Zusammenhang genannt. Ferner werden angebliche Vorteile eines Systems mit der Anzeige der Anzahl freier Stellplätze gegenüber der hier installierten Version dargestellt. (Artikel ist als Anlage beigefügt.)

Brötchentastengeschädigt, auch hier gab es anfangs nur recht vage Berichte bevor dann die Umrüstung als Entscheidung verkündet wurde, möchte der BUND frühzeitig intervenieren bzw. für eine offene Diskussion sorgen, bevor im Hintergrund Fakten geschaffen werden.

2. Fragen

Der BUND wendet sich daher an Politik, Verwaltung und Stadtwerke Hameln mit folgenden Fragen:

- a) Gibt es konkrete Absichten zur Umrüstung/Erneuerung des EPLS in Hameln?
- b) Wer betreibt die oben angestoßene Diskussion? Handelt es sich um ein Ansinnen der Stadtverwaltung, der Stadtwerke oder einer der politischen Parteien?
- c) Wie hoch wären die Kosten einer Umsetzung und der Unterhaltung so eines neuen Systems?

3. Hintergrundinformationen

Bereits vor dem Bau des jetzt bestehenden EPLS gab es in den Jahre 1997 und 1998 eine sehr kritische Diskussion über Kosten und Nutzen so eines Systems. Der BUND hatte damals mit zwei Stellungnahmen gegen die Planungen protestiert. Verschiedene andere gesellschaftliche Gruppen hatten sich damals unserem Protest angeschlossen.

Das dann installierte System wurde von den Befürwortern als Kompromiss bezeichnet, da man auf die detaillierte Anzeige der freien Stellplätze aus Kostengründen verzichten wollte.

4. Appell des BUND

Der BUND appelliert insbesondere an die Vertreter im Hamelner Rat wachsam zu sein, damit sich die Vorgänge bei Einrichten des jetzigen EPLS nicht wiederholen. Damals war unter der Regie von Oberstadtdirektor Lichtenberg das System unter Umgehung einer Diskussion im Hamelner Rat bestellt worden. Hierzu ist ein Bericht des Hamelner Marktes als Anlage beigefügt. Obwohl über die Stadtwerke Hameln abgerechnet, hat damals der Hamelner Bürger dieses System bezahlt.

5. Grundposition des BUND

Der BUND lehnt jegliche Erneuerung des noch fast neuen Parkleitsystems in Hameln kategorisch ab. Einmal gelten immer noch dieselben Argumente unsere Stellungnahmen bei Einrichten des bestehenden Parkleitsystems (Inhalte können über die BUND-Internetseite www.bund-hameln.de abgerufen werden). Zweitens passt das Ansinnen in keiner Weise zur finanziellen Situation unserer Stadt. Hier verweisen wir auf unsere Argumentation zu den Kosten der „Brötchentaste“, nur dass hier die Investitionen um ein hundertfaches höher liegen dürften.

Schlussbemerkung:

Offen gesagt ist es uns absolut unerklärlich, wie die o.a. Diskussion angeschoben werden kann, wenn auf der anderen Seite jahrelange Defizite im Bereich der Radverkehrsplanung weiterhin hingenommen werden. Der BUND kämpft hier gemeinsam mit dem ADFC bereits seit Jahren für eine Verbesserung der Fahrradabstellanlagen und der Ausschilderung der „Fahrradschleichwege“.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Hermes

BUND KG Hameln-Pyrmont

Berliner Platz 4, 31785 Hameln, Tel. 05151/13671

BUND-Kritik zum Eröffnungsprogramm der neunten SOLTEC

Ein Bären dienst für die SOLTEC !

Umweltminister Sander abermals als Schirmherr der SOLTEC ?

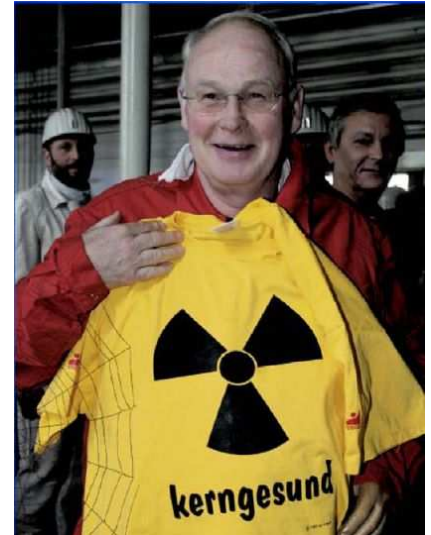
Am 14. Mai 2004 wird die „Soltec“ als größte Solarmesse Norddeutschlands in Hameln offiziell eröffnet. Zum nunmehr neunten Mal findet diese Fachmesse rund ums Thema Solar in Hameln statt, was die BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont außerordentlich begrüßt.

Die Eröffnungsrede soll vom niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander gehalten werden und er soll damit auch die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernehmen.

Herr Sander hat bereits die Eröffnungsrede der letzten Soltec gehalten. Selbst bei der Eröffnungsrede für diese Solarmesse waren seine Vorbehalte gegenüber der alternativen Energieerzeugung deutlich zu hören. Der sich im Grunde als Gegner der alternativen Energieerzeugung profilierende Sander schlitterte damals mit seiner Rede knapp an einem Eklat vorbei. Im Kreise der Gäste und während der Ausstellung waren eine Reihe sehr kritischer Stimmen zu hören. Gerettet wurde die Ausstellungseröffnung damals durch Professor Mojib Latif vom Institut für Meereskunde in Kiel mit seinem sehr fundierten Beitrag zu den Klimaveränderungen.

Die Entscheidung, den niedersächsischen Umweltminister Hans-Heinrich Sander zum zweiten Mal in Folge zum Schirmherrn der SOLTEC zu machen ist aus Sicht des BUND Hameln-Pyrmont nicht geeignet für die Veranstaltung zu werben, die Glaubwürdigkeit der Messe wird eher Schaden nehmen. Zumal für dieses Jahr kein entsprechender Fachvortrag zur Ausstellungseröffnung geplant ist, wodurch ein „Gegengewicht“ fehlt.

Aus Sicht des BUND ist die Benennung von Herr Sander als Schirmherr einer Solarmesse aus folgenden Gründen kontraproduktiv:
Herr Sander tritt als erklärter Gegner des erfolgreichen Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) auf, welches die Grundlage für eine effektive und weite Verbreitung



regenerativer Energiegewinnung ist. Dieses hat er auch in seiner Rede zur Eröffnung der Soltec 2003 bekräftigt. Kennzeichnend für ihn als Umweltminister ist, dass er sämtliche Erklärungen zu den erneuerbaren Energien mit Einschränkungen, Bedenken und „Hintertürchen“ versieht. Seine politischen Entscheidungen der letzten Monate zeigen zu dem deutlich, dass er eine gegenteilige Position zu Kernbereichen einer Energiewende bezieht und diese auch aktiv blockieren will. Alles andere ist bloße Rhetorik.

Er tritt eindeutig für die Weiterführung der Kernenergie ein – hier fehlen die „Hintertürchen“.

Im Detail ließen sich hier noch eine ganze Reihe ergänzender Ausführungen machen. Entscheidend aber ist, dass gerade das EEG, welches Herrn Sander so missfällt, die wirtschaftliche Grundlage für die Nachfrage in der Solarbranche bildet. Das EEG ist gleichsam der Motor der ganzen Branche und kommt damit Herstellern, Kunden und Handwerkern der Solarbranche zu Gute – der Zielgruppe der SOLTEC.

Es gibt eine Vielzahl profilierter Fachleute, Verbandvertreter oder auch Politiker, daher ist es für uns absolut unverständlich, warum Herr Sander zwei Mal hintereinander als Schirmherr fungieren soll.

Georg Neulen
Dr. med. Markus Hedemann
Ralf Hermes

Die BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont hat in den vergangenen Jahren mit diversen eigenen Veranstaltungen (Energieaktionstage, Vorträge, Stellungnahmen...) ihre eigenen Beiträge zur Förderung der alternativen Energien im Landkreis unternommen. Weitere Informationen sind auf der Internetseite: www.bund-hamelnde.de erhältlich.

Der Redebeitrag von Herr Sander zur Soltec 2003 ist unter:

http://www.mu1.niedersachsen.de/master/0,,C2077745_N11280_L20_D0_I598,00.htm

↓
einsehbar.

2. BUND Stellungnahme zur Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 63/1, Höhenbegrenzungen von Windkraftanlagen „Am Babser Wege“ / „Am Hespern“ vom 14.04.2004

Pro Windenergie !

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die vorgeschlagene Höhenbegrenzung für Windkraftanlagen innerhalb des einzigen geplanten Hamelner Vorranggebietes für Windenergieanlagen ist **nicht vereinbar** mit der vom Bundesgesetzgeber vorgesehenen Privilegierung von Windenergieanlagen. **Die im Erläuterungsbericht angeführten Gründe für eine Höhenbegrenzung sind nicht stichhaltig und sie halten einer eingehenden Prüfung nicht stand. Auch wurden wesentliche Einwände des Hamelner BUND, aus seiner Stellungnahme zur Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange im letzten Jahr, nicht berücksichtigt.**

Vorranggebiet an sich stellt Kompromiss dar

Die Gründe unter Punkt 3. Regionalplanung des Erläuterungsberichtes rechtfertigen die Ausweisung von Vorranggebieten an sich, um die ggf. Beeinträchtigungen durch die Windenergienutzung zu minimieren und die unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen der Hamelner Bevölkerung auszugleichen. Die Ausweisung eines Vorranggebietes als Konzentrationsfläche unter gleichzeitiger Verhinderung der Errichtung von Anlagen an anderen Standorten, stellt für sich genommen schon den Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessen dar.

Eine zusätzliche Einschränkung noch innerhalb dieser Vorrangflächen durch eine Höhenbegrenzung konterkariert die allseits geforderte Wirtschaftlichkeit von Windkraftanlagen.

Wirtschaftlichkeit erfordert freie Nabenhöhe

Windkraftanlagen sind auf den Wind in der Höhe angewiesen, um wirtschaftlich betrieben werden zu können, genauso, wie Solaranlagen nicht im Schatten betrieben werden können.

Mit der gerade beschlossenen Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) sind die Vergütungssätze für Windstrom weiter reduziert und zusätzlich die jährliche Degression auf 2% p.a. erhöht worden.

Zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit unter diesen **neuen Bedingungen** ist die Ausnutzung der Höhenströmung unerlässlich. Die Interessen der Betreiber – und das sind bei einem Bürgerwindpark auch viele Hamelner Bürger – sind durch eine Höhenbegrenzung daher erheblich und unnötig beeinträchtigt. Zudem liegt die

Windkraft auch im Interesse aller Hamelner Bürger, die eine regenerative Energieversorgung möglichst schnell erreichen wollen.

Energieertrag steigt in der dritten Potenz

Die Windgeschwindigkeit steigt mit zunehmender Höhe deutlich an.

Der erzielbare Energieertrag einer Windkraftanlage ist nicht linear und auch nicht quadratisch abhängig von der Windgeschwindigkeit. Nein, in die Berechnung des Energieertrages geht die Windgeschwindigkeit in der dritten Potenz (v^3) ein!

Das ist der Grund, warum es nicht legitim sein kann, einfach die Nabenhöhe zu begrenzen und dann zu sagen, die Interessen seien berücksichtigt und im gleichen Moment eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit zu fordern, s.o..

Wenn schon Windkraftanlagen errichtet werden, dann müssen sie auch richtig ausgenutzt werden!

Vorranggebiet sehr klein für ein Mittelzentrum

Das ausgewiesene Hamelner Vorranggebiet für Windenergienutzung ist im Verhältnis zur Größe des Mittelzentrums Hameln mit seinen ca. 60 Tsd Einwohnern viel zu klein bemessen. Es können maximal drei Anlagen, bei leistungsstärkeren Anlagen wohl eher nur zwei Anlagen installiert werden.

Überschlägig ließen sich damit 2 x 3 Mio kWh Strom p.a. erzeugen. Bei einer Jahresstromerzeugung der Hamelner Stadtwerke von ca. 211 Mio kWh entspräche das gerade einmal 2,8 %. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt werden in 2004 voraussichtlich schon 6,0 % des Stroms mittels Windkraft erzeugt. Für Niedersachsen liegt der Wert heute schon bei ca. 16%.

Hameln als Solarstadt des Nordens gerät hier also weit ins Hintertreffen.

Höhenunterschied stellt keine wesentliche Beeinträchtigung dar

(Dieser Aspekt wurde nicht berücksichtigt.)

Das Erscheinungsbild der Landschaft wird nicht wesentlich mehr beeinträchtigt, wenn die gleichen Anlagen statt auf 75m-Türmen auf z.B. 100m-Türmen stehen.

Zu berücksichtigen ist auch, dass bereits eine Belastung der Landschaft in dem Gebiet durch die 380kV-Höchstspannungs-Freileitungen vorliegt.

Zudem ist der Abstand der Anlagen zur nächsten Wohnbebauung ausgesprochen groß, so dass sich auch für die dortigen Bewohner keine gravierende Änderung der Ansicht durch eine Höhenbegrenzung ergeben würde.

Langsam drehende Anlagen

(Dieser Aspekt wurde nicht berücksichtigt.)

Die heute nach aktuellem technischen Stand zu errichtenden Windkraftanlagen mit Nabenhöhen von typisch mindestens 100 Metern weisen eine deutlich langsamere

Rotation auf, als die früheren kleineren Windräder. Sie drehen sich nur 10 Mal pro Minute statt 30 Mal; Somit wirken sie wesentlich ruhiger und fügen sich damit sogar harmonischer in die Landschaft ein.

Sachlich betrachtet, müssen in Hinsicht auf das Landschaftsbild sogar größere und leistungsstärkere Anlagen gefordert und bevorzugt werden, denn sie wirken sich wesentlich besser auf das Landschaftsbild aus, als kleine Anlagen.

Größere und leistungsstärkere Anlagen

Größere Anlagen müssen in größerem Abstand zueinander aufgestellt werden, wodurch sich automatisch auch die mögliche Anzahl der Anlagen auf einer bestimmten Fläche reduziert. Dem Erscheinungsbild der Landschaft wird durch weniger Anlagen mit geringerer Drehbewegung gleich in zweifacher Hinsicht Rechnung getragen.

Städtebauliche Sicht kein Grund

Die im Erläuterungsbericht unter „Zusammenfassende Darstellung und Abwägung“ herangezogene „städtebauliche und landschaftsplanerische Sicht“ kann für das geplante Gebiet in Afferde aus o.g. Gründen kaum als Begründung für eine Höhenbegrenzung angeführt werden.

Positive Auswirkungen der Windkraft

Die positiven Auswirkungen der Windkraftanlagen auf Mensch und Umwelt wurden gar nicht berücksichtigt. Viele Hamelner Bürger sehen Windkraftanlagen durchaus mit positiven Gefühlen. Wissen sie doch um den mittelfristigen Nutzen für die Natur und die Umwelt.

Es wird im Erläuterungsbericht nur mit negativen Auswirkungen argumentiert.

- Wie wurde z.B. die abgasfreie Stromerzeugung im Vergleich zur abgasemittierenden Stromerzeugung in der MVA Afferde berücksichtigt?
- Wie wurde die atommüllfreie Stromerzeugung gegenüber dem AKW Grohnde bewertet?
- Wie wurde die Dezentralität der Stromerzeugung nah am Ort des Verbrauchs bewertet, gegenüber der zentralen Großtechnologie, die wiederum riesige Freileitungstrassen durch die Landschaft erfordert?
- Wie wurde bewertet, dass durch mehr Dezentralisierung der Stromerzeugung viele Freileitungstrassen zurückgebaut werden können?
- Wie wurde berücksichtigt, dass für Windkraft keine Landschaften weiträumig abgetragen werden, wie beim Braunkohle-Tagebau oder bei der Uranerzförderung für Atomkraftwerke?

Alternative zu Afferde prüfen

Die Auswahl des Afferder Gebietes wurde basierend auf dem damaligen Stand der Technik getroffen. Es wurden seinerzeit unbewaldete Gebiete mit möglichst freier Windanströmung gewählt.

Die heutige weiterentwickelte Anlagentechnik und die realisierbaren Nabenhöhen ermöglichen neuerdings die Ausweisung von Vorrangflächen auch in bewaldeten Gebieten. Dort wären die, von einigen befürchteten Beeinträchtigungen für den Menschen, durch Geräusche oder Schatten gering.

Alternativ zum jetzigen Afferder Gebiet wäre zum Beispiel ein Vorranggebiet im Hamelner Gebiet im Bereich Uhlenberg und Klagesberg denkbar. Die Anlagen würden dort automatisch die windreichen Höhen erreichen, ohne im Sichtfeld der Hamelner Wohnbevölkerung zu stehen.

Auflagen von Fa. Eon

Die von Fa. Eon vorgebrachten Auflagen für Windkraftanlagen, hinsichtlich der Schwingungsanregung der vorhandenen 380kV-Freileitungen durch von den WKA verursachte Turbulenzen, schränken die Nutzbarkeit des Gebietes weiter ein. Die von Fa. Eon geforderte Beteiligung bei der Planung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet bildet eine zusätzliche Unwägbarkeit für Betreiber und Investoren.

Bei einem anderen Windprojekt mussten an Freileitungen teure Schwingungsdämpfer nachgerüstet werden und von den Windkraftbetreibern finanziert werden - auf Kosten der Wirtschaftlichkeit.

Gewerbeansiedlung, Steuereinnahmen

Windkraftprojekte als Gewerbebetrieb erwirtschaften Gewerbesteuerereinnahmen für Hameln. Pro 2MW-Windkraftanlage mit entsprechender Wirtschaftlichkeit können im Mittel über die Laufzeit ca. 10000,- Euro p.a. veranschlagt werden. Die Gewerbesteuerereinnahmen werden auch am tatsächlichen Ertrag der Anlagen zu bemessen sein, was ebenfalls für bestmögliche Energieausbeute spricht.

Für den Fluss der Gewerbesteuerereinnahmen ist nicht nur der Sitz des Unternehmens maßgeblich, sondern auch, der Ort, an dem die Wertschöpfung stattfindet, am Standort der Windkraftanlagen. Hier gibt es in jedem Fall entsprechenden Verhandlungsspielraum zwischen den betreffenden Kommunen für entsprechende Lösungen. Einfacher wäre es, wenn z.B. eine Betreibergesellschaft direkt in Hameln firmieren würde.

Kann es sich die Stadt Hameln heutzutage leisten, leichtfertig auf Gewerbesteuerereinnahmen zu verzichten? Außerdem werden Arbeitsplätze in der Region für Bau und Betrieb der Anlagen geschaffen.

Das Motto sollte lauten: „Erneuerbare Energien statt Krieg um Öl“.

Mit freundlichen Grüßen *Georg Neulen, Thomas Riegel, Ralf Hermes*